

Chronik des Denkmalprozesses (2010-2014)

Dezember 2010: Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Stadtregierung: Entscheidung zur Errichtung eines Denkmals für Deserteure der Wehrmacht in Wien (<https://www.wien.gv.at/politik/strategien-konzepte/regierungsbereinkommen-2010/kulturwissenschaft/>).

Mai 2011: Auf Initiative des Personenkomitees „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ (im folgenden „Personenkomitee“) und der Grünen erstes Treffen zwischen Vertretern des Personenkomitees und SP-Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (Kulturabteilung der Stadt Wien, kurz: MA 7). Letzterer stellt die baldige Bildung einer Arbeitsgruppe in Aussicht, die wissenschaftliche Grundlagen und andere wichtige Voraussetzungen für den Denkmalprozess erarbeiten sollte; das Personenkomitee kritisiert kurz darauf in einem Schreiben an den Stadtrat den aus seiner Sicht fehlenden Nachdruck der MA 7 hinsichtlich eines konkreten Umsetzungsplans. Der Stadtrat verwahrt sich in einem Antwortschreiben vom 23. Mai gegen den Vorwurf der „Ärmelschonermentalität“ von Seiten des Personenkomitees – Initiativen des Stadtratbüros für das Projekt bleiben dann allerdings bis zum Herbst aus.

Oktober 2011: Gedenkveranstaltung für die Opfer der NS-Militärjustiz in Kagran: Kulturstadtrat Mailath-Pokorny spricht sich für die zügige Errichtung des Denkmals aus und nennt als Termin der Fertigstellung das Jahr 2012. Grüne und Personenkomitee bringen verschiedene Persönlichkeiten zur Leitung einer Kommission ins Gespräch, die den Denkmalprozess koordinieren soll, darunter die damalige Leiterin des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands (DÖW) Brigitte Bailer, die Rektorin der Akademie für Bildende Künste Eva Blimlinger, die ehemalige grüne Wiener Stadträtin Friedrun Huemer, den Politikwissenschaftler Walter Manoschek, die damalige Volksanwältin Terezija Stoisits sowie den ehemaligen Obmann des grünen Parlamentsklubs Andreas Wabl. Daraufhin benennt die MA 7 als ihren Kandidaten mit Manfred Rauchensteiner den ehemaligen Leiter des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien.

November 2011: Konstituierende Sitzung des Gremiums, das den Denkmalprozess koordinierend begleiten soll. Darin vertreten sind verschiedene Magistratsabteilungen der Stadt Wien wie die MA 9 (Wien Bibliothek im Rathaus), die MA 8 (Wiener Stadt- und Landesarchiv), die MA 7 (Kulturabteilung der Stadt Wien), die MA 19 (Architektur und Stadtgestaltung), ferner das DÖW, das Personenkomitee, sowie FachwissenschaftlerInnen (Magnus Koch, Peter Bruck) und mit der ehemaligen grünen Stadträtin Friedrun Huemer eine Aktivistin der ersten Stunde; mit Karl Albrecht-Weinberger und Magnus Koch werden zwei Koordinatoren benannt, die die organisatorische und inhaltliche Arbeit vorantreiben sollen. Die Kommission setzt sich zum Ziel, das Denkmal innerhalb eines Jahres zu errichten.

Drei Arbeitsgruppen in der Kommission haben die Aufgabe, Vorschläge zu den Themenbereichen Standort, Inhalt und Nachnutzung/Vermittlung zu erarbeiten – die letztendliche Entscheidung über den Standort des Denkmals bleibt allerdings den politischen

EntscheidungssträgerInnen vorbehalten (Bürgermeister, Klubobleuten der Koalitionsparteien). Im Rahmen dieser ersten Sitzung wird auch entschieden, die künstlerische Gestaltung des Denkmals in einem Wettbewerb auszuschreiben. Auf Vorschlag von Stadtrat Mailath-Pokorny wird zur Abwicklung des geplanten Wettbewerbs die städtische KÖR (Kunst im öffentlichen Raum GmbH) beauftragt.

Dezember 2011: Erste Sitzung der AG (Arbeitsgemeinschaft) zur Standortfrage des Denkmals. Eine erste Vorschlagsliste möglicher Örtlichkeiten liegt vor: Heldenplatz, Ballhausplatz, Friedrich-Schmidt-Platz, Grete-Rehor-Park, Julius- Raab-Platz, Schottengasse/Bastei, Schwarzenbergplatz, Elderschplatz, Ostarrichi Park, Rossauer Lände, Schlickplatz und Schmerlingplatz. Das Personenkomitee favorisiert den Heldenplatz als gewünschten Standort für das Denkmal. Die MA 7 und MA 19 äußern demgegenüber Bedenken, weil dies pragmatisch und politisch schwer durchsetzbar sei. Inhaltlich schlägt das Personenkomitee vor, die vielen Wiener Standorte der NS-Militärjustiz (Dienststellen, Gerichtstandorte, Haft- und Hinrichtungsstätten) in das Denkmalkonzept einfließen zu lassen und damit sichtbar zu machen.

Januar 2012: Erste Sitzung der AG zur Frage der wissenschaftlichen Grundlagen: Über den im Vorfeld ausgesandten Widmungstext (Mission Statement) herrscht im Wesentlichen Konsens und es werden verbindliche Kriterien für den Standort festgelegt: Zentralität, gedenkpolitische und inhaltliche Relevanz, Würde des Ortes.

Anlässlich des internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Jänner Beginn einer medialen Debatte um den Heldenplatz als künftigen Denkmalstandort: Kameradschaftsbund und FPÖ sprechen sich allgemein gegen das Deserteursdenkmal aus; der grüne Nationalratsabgeordneter Harald Walser favorisiert in der Presse (http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/731057/Heldenplatz_Spielplatz-welcher-Helden) den Heldenplatz, Verteidigungsminister Norbert Darabos und der Wiener Professor für Zeitgeschichte Oliver Rathkolb sprechen sich gegen diesen Standort aus – befürworten das Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz allerdings grundsätzlich. Der Kulturstadtrat korrigiert den im Oktober formulierten Zeitrahmen und spricht nun vom ersten Halbjahr 2013 als neue Zielvorgabe zur Fertigstellung des Denkmals; das Personenkomitee kündigt an, das Gespräch mit dem für den Heldenplatz auf Seiten des Bundes zuständigen Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) zu suchen.

Februar 2012: Ortstermin am Heldenplatz: VertreterInnen der AG Standort treffen Burghauptmann Reinhold Sahl und einen Vertreter des Bundesdenkmalamtes. Im Zuge des Gesprächs deutet der Burghauptmann an, dass gegenwärtig an einem neuen Raumnutzungskonzept für den Heldenplatz gearbeitet werde und daher die Umsetzung neuer Projekte unwahrscheinlich sei.

März 2012: Zweite Sitzung der AG Standort. Die Liste möglicher Denkmalstandorte verkürzt sich auf fünf Örtlichkeiten: Heldenplatz, Ballhausplatz, Grete-Rehor-Park, Rossauer Lände und Julius-Raab- Platz. Die MA 7 stellt fest, dass die vom Personenkomitee in die Diskussion gebrachte Fläche am Ballhausplatz im städtischen Besitz ist – hier also die Entscheidung wesentlich einfacher herbeizuführen wäre als am Heldenplatz; Grünen-Klubchef David

Ellensohn spricht sich in einem Beitrag des Fernsehmagazins Report für die Standorte Heldenplatz oder Ballhausplatz aus, Stadtrat Mailath-Pokorny will sich hingegen nicht festlegen; die Autoren des Beitrags fürchten „kleinliches Gezerre“ um den Standort. Auf Initiative des Personenkomitees kommt es zu einem Treffen zwischen Thomas Geldmacher (Obmann des Personenkomitees), Magnus Koch (mit der wissenschaftlichen Beratung der Stadt Wien in Sachen Deserteursdenkmal betrauter Zeithistoriker) und dem damaligen Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien Oliver Rathkolb. Dabei werden die Standorte Heldenplatz/Ballhausplatz erörtert.

April 2012: Zweite Kommissionssitzung in der MA 7: Verabschiedung des Mission Statements für das Denkmal. Standort Heldenplatz wird nun prioritär sondiert – bis Ende Mai sollen erste Ergebnisse dieser Sondierung vorliegen; der Stadtrat stellt in einem Interview mit der Kronen Zeitung fest, dass das Denkmal bis Ende 2013 fertiggestellt sein soll; der ORF bringt einen Zeit im Bild-Beitrag zur Frage des künftigen Denkmalstandortes.

In der Kommissionssitzung sprechen sich mehrere Anwesende für den Standort Ballhausplatz aus, vor allem aufgrund des Vorteils, dass die Liegenschaft im alleinigen Besitz der Stadt Wien ist: Im Gegensatz zum Heldenplatz müssten hier nicht divergierende Interessen unterschiedlicher Anrainer aufeinander abgestimmt und Belange des Denkmalschutzes nicht im Kontext eines neuen Raumnutzungskonzeptes berücksichtigt werden.

Mai 2012: Vertreter des Personenkomitees und der Nationalratsabgeordnete Alexander Van der Bellen treffen Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. Dieser signalisiert Offenheit hinsichtlich des Standortes Heldenplatz, formuliert als notwendigen nächsten Schritt allerdings eine direkte Ansprache durch die Stadt Wien und regt die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe an, die pragmatisch und strukturiert den Prozess der Verwirklichung des Denkmals vorantreibt.

Stadtrat Mailath-Pokorny äußert sich in der Kronen Zeitung zur Diskussion um die Neugestaltung der Krypta am Heldenplatz. Er regt an, „die nahen Asphaltflächen auch für weitere Opfergruppen zu nutzen.“ Damit könne – so der Stadtrat – „ein zentraler Gedächtnisort der jüngeren österreichischen Geschichte entstehen.“ Der Entscheidungszeitraum dafür sei „spätestens in einem Jahr“. Daraufhin werfen Grünen-Klubchef Ellensohn und der Ehrenobmann des Personenkomitees, Richard Wadani, dem Stadtrat ebenfalls in der Kronen Zeitung eine „Verzögerungstaktik“ vor. Stadtrat Mailath-Pokorny dementiert und sichert im Gespräch mit dem Kurier zu, dass der Zeitplan zur Enthüllung des Deserteursdenkmals im Jahr 2013 nach wie vor gelte, zumal Gespräche mit dem Wirtschaftsminister im Laufen seien.

Juni 2012: Verteidigungsminister Darabos spricht sich gegenüber dem Kurier erstmals öffentlich für den Denkmalstandort Heldenplatz aus (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120602_OTS0043/walser-zu-darabos-gedenken-an-die-ss-am-heldenplatz-ist-inakzeptabel); die MA 7 stellt ein baldiges Treffen Mailath-Pokornys und des Wirtschaftsministers in Aussicht; am 6. Juni trifft der Zeithistoriker Magnus Koch die Generaldirektorin der österreichischen Nationalbibliothek, Johanna Rachinger, um ihre Position zum Standort Heldenplatz zu sondieren – sie äußert sich in dieser Frage grundsätzlich

positiv; gleichzeitig positioniert sich Kunstsenaatspräsident Josef Winkler in einem APA-Gespräch zugunsten eines Deserteursdenkmals auf dem Heldenplatz; Bundesdenkmalamt und Burghauptmannschaft verhalten sich abwartend und verweisen darauf, dass dies noch Sache der Stadt sei. Am 23. Juni widmen die Salzburger Nachrichten den Deserteuren der Wehrmacht und der Frage nach dem Umgang mit dem Thema eine umfangreichen Wochenendbeilage.

Im Juni 2012 beschließt zeitgleich die Hamburger Bürgerschaft einstimmig (SPD, CDU, Grüne und FDP), dass auch in der Hansestadt ein Deserteursdenkmal an zentraler Stelle errichtet werden soll.

Juli 2012: Am 3. Juli äußert sich die Zeithistorikerin Heidemarie Uhl gegenüber der APA zum Umbau der Krypta am Heldenplatz. Anlass ist das Auffinden des Namens eines NS-Kriegsverbrechers in den Totenbüchern der Krypta (<http://wien.orf.at/news/stories/2539791/>). Uhl plädiert für die Einbindung des Deserteursdenkmals in die bereits bestehende Gedenkstätte am Äußeren Burgtor. Nur wenige Wochen zuvor, am 23. Juni 2012, hatte sie im Standard grundsätzliche Kritik an der gedenkpolitischen Konstellation am Heldentor geübt. Das Personenkomitee reagiert am nächsten Tag mit einer OTS-Aussendung, in der sie die Position Uhls kritisiert: Eine Vermischung des Gedenkens an die toten Wehrmachtssoldaten und die Verfolgten der NS-Militärjustiz würde „das nationale Opferkollektiv der Achtzigerjahre“ wieder erstehen lassen (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120704_OTS0188/wadani-die-spoe-will-uns-in-reih-und-glied-mit-wehrmacht-und-waffen-ss-stellen).

August 2012: Die Sommermonate stehen im Zeichen des Wartens auf eine Entscheidung in der Standortfrage. Die Fakten liegen spätestens seit dem Frühjahr auf dem Tisch, allerdings ist kein Fortschritt in der Sache erkennbar. Der Kurier zitiert Experten wie Walter Manoschek, Eva Blimlinger und Brigitte Bailer, die ihrer Sorge Ausdruck verleihen, dass den Deserteuren die Zeit davon läuft. Wenig später ist im Standard zu lesen, dass die Errichtung des Denkmals „verschleppt“ werde. Thomas Geldmacher vom Personenkomitee kritisiert vor allem das fehlende Engagement seitens der Stadt. Das Büro der Kulturabteilung dementiert dies einmal mehr und stellt fest, dass das Projekt voll im Zeitplan sei. Unklar bleibt allerdings weiterhin, welche Initiativen ergriffen werden, um die Möglichkeiten der jeweiligen Standorte Heldenplatz und Ballhausplatz auszuloten.

September 2012: Nachdem sich abzeichnet, dass sich hinsichtlich des Standorts Heldenplatz kaum etwas bewegen lässt, setzt sich das Personenkomitee aus pragmatischen Gründen nun auch öffentlich für den Ballhausplatz als Denkmalstandort ein. Der Ballhausplatz ist aus unterschiedlichen Gründen eine gute Wahl: Die Lage des Denkmals direkt gegenüber von Bundeskanzleramt und dem Sitz des Bundespräsidenten, so der Historiker Magnus Koch, wäre auch „ein Bekenntnis des neutralen Österreich zu Rechtsstaatlichkeit, Zivilcourage und der Freiheit des Einzelnen gegenüber staatlicher Verfolgung.“ Gleichzeitig bestehen Sichtbeziehungen sowohl zum „Hitler-Balkon“, dem Symbol für die staatliche Selbstaufgabe Österreichs im Jahr 1938, als auch zum Äußeren Burgtor mit seinen zentralen Gedenkstätten für die gefallenen Soldaten der beiden Weltkriege sowie für die Toten des Widerstandskampfes gegen den Nationalsozialismus.

Das Personenkomitee entscheidet, die seit 2002 alljährlich am 26. Oktober stattfindende Gedenkfeier zur Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz erstmals – auch ohne Denkmal – am Ballhausplatz abzuhalten, und nicht wie bisher am ehemaligen Militärschießplatz in Wien-Kagran. Am 20. September 2012 melden sich als Teilnehmer Clemens Jabloner (damaliger Präsident des Verwaltungsgerichtshofes), Eva Blimlinger (Rektorin der Akademie der Bildenden Künste), Albrecht Konecny (ehem. SP-Bundesrat und Abgeordneter im EU-Parlament), Alexander Van der Bellen (ehemaliger Bundessprecher der Grünen) und Johannes Jarolim (Justizsprecher der SP) an. Die Bundespolizeidirektion Wien sagt zwar ab – die Anmeldungen zeigen jedoch, wie prominent und breit aufgestellt die Unterstützung für ein Deserteursdenkmal am Ballhausplatz ist.

Oktober 2012: Der Monat, in dem Richard Wadani, Wehrmachtsdeserteur und Ehrenobmann des Personenkomitees seinen 90. Geburtstag feiert, bringt die Entscheidung. Wadani äußerte sich wegen der langsamen Entwicklung gegenüber Journalisten mit deutlichen Worten: „Ich glaube, die wollen kein Denkmal.“ Am 12. Oktober dann die überraschende Entscheidung: Kulturstadtrat Mailath-Pokorny und Grünen-Klubchef Ellensohn verkünden, dass das „Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz“ – so die offizielle Bezeichnung – am Ballhausplatz errichtet und die Stadt Wien in diesem Kontext einen KünstlerInnenwettbewerb ausschreiben wird (<http://wien.orf.at/news/stories/2554229/>). Enthüllt werden sollte das Denkmal im Jahr 2013.

Neben dem Kameradschaftsbund, der sich gegenüber der Denkmalserrichtung bereits zuvor ablehnend geäußert hat, reagiert nun auch die FPÖ. Sie protestiert gegen das Denkmal, zumal Desertion bis heute „international geächtet“ sei (<http://diepresse.com/home/panorama/wien/1300956/FPO-protestiert-gegen-NSDeserteursdenkmal>). Damit bleibt die Partei ihrer jahrzehntelangen Position treu, nicht zwischen dem Zweiten Weltkrieg als völkerrechtswidrigem Angriffs- und Vernichtungskrieg und anderen bewaffneten Konflikten, bzw. zwischen dem Verhalten von Soldaten in der Wehrmacht und Bundesheer, differenzieren zu wollen.

Auf einem Rathausempfang anlässlich des 90. Geburtstages von Richard Wadani würdigt der Wiener Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) Wadanis Lebenswerk und bringt Scham darüber zum Ausdruck, dass eine Anerkennung der Opfer der NS-Militärjustiz in Wien erst so spät stattfindet.

November 2012: Auch internationale Medien berichten über den Wiener Beschluss: Le Monde und die BBC greifen das Thema auf und die deutsche tageszeitung meldet die Entscheidung der Stadt Wien, das Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz am Ballhausplatz errichten zu wollen. Gleichzeitig stellen Wiener FP-Bezirksräte der Inneren Stadt einen Antrag, das Deserteursdenkmal nicht zu errichten, da dies vom Bundesheer als Provokation empfunden werden müsse.

Der Wiener Kulturausschuss beschließt ein Budget von 220.000 Euro für das zu errichtende Denkmal. Darin enthalten sind das Honorar für die beteiligten Kunstschaffenden, die Bau- und Erdarbeiten sowie die Ausrichtung des Wettbewerbs, die die KÖR später an eine externe Firma

vergeben wird. Nicht enthalten im Budget ist Geld für die notwendige Konzeptionierung für die Vermittlungsarbeit rund um das Denkmal (begleitende Website, Bildungs- und Informationsarbeit für Schulen und Universitäten, Vermittlungsarbeit für TouristInnen usw.).

Die KÖR plant einen geladenen Wettbewerb mit folgendem Zeitplan: Bis zum Februar 2013 sollen Wettbewerbsunterlagen mit inhaltlichen und formalen Kriterien zur Denkmalsgestaltung vorliegen; bis Frühjahr 2013 soll entschieden sein, welche KünstlerInnen geladen werden. Im Sommer desselben Jahres sollte der Wettbewerb abgeschlossen sein.

Zeitgleich meldet der Standard, dass auch die Stadt Bregenz im Vorarlberg ein Deserteursdenkmal errichten will. Der Bregenzer Kulturausschuss setzt dafür eine Arbeitsgruppe ein, die bis Februar 2013 Vorschläge erarbeiten soll.

Dezember 2012: In der KÖR findet am 17. Dezember die konstituierende Sitzung des Wettbewerb-Beirats statt. Dabei werden Grundzüge des auszurichtenden Wettbewerbs festgelegt. Die Vorstellungen der Beteiligten gehen – vor allem was die Zahl der einzuladenden KünstlerInnen betrifft – auseinander. Die KÖR denkt an insgesamt fünf bis sieben KünstlerInnen, während das Personenkomitee eine umfangreichere Vorschlagsliste vorlegt und von mindestens 15 Teams oder Einzelpersonen ausgeht, um eine ausreichende Vielfalt an Einreichungen, die auch internationalen Standards genügen, zu gewährleisten.

Zudem kritisiert das Personenkomitee, dass der Betrag von 220.000 Euro nicht ausreichend erscheint, um der Bedeutung des Denkmals gerecht zu werden.

Die von der MA 7 im November 2011 eingesetzten Kommissionen zur begleitenden Beratung zum Denkmal werden nicht wieder tagen. Eine Arbeitsgruppe zur Frage der Nachnutzung des Denkmals wird – anders als in der konstituierenden Sitzung der Hauptkommission im November 2011 vorgesehen – nicht eingesetzt. Die Nachnutzungsfrage ist damit aus dem Denkmalprojekt ausgeklammert.

Januar 2013: Der von der Stadt Wien für die inhaltlichen Belange des Denkmals beauftragte Historiker Magnus Koch sondiert bei ersten Wiener Institutionen das Interesse an einer Kooperation in Sachen Vermittlungsarbeit rund um das Denkmal am Ballhausplatz. Von Jänner bis März führt er Gespräche mit Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, dem Wiener Stadt- und Landesarchiv, dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, der Wien Bibliothek, der WienTourismus sowie den ViennaTouristguides.

Zeitgleich beschließt in Bregenz eine Arbeitsgruppe im Auftrag des Kulturamtes der Stadt die Ausschreibung eines internationalen Ideenwettbewerbs zu einem Deserteursdenkmal, das bis zum Frühjahr 2014 errichtet sein sollte. Ab Mai 2013 soll aus den eingegangenen Ideen eine Auswahl getroffen und die jeweiligen KünstlerInnen eingeladen werden, einen ausführlichen Entwurf einzureichen. Eingerichtet werden soll außerdem eine international besetzte Jury.

Februar 2013: Die Planungen für die konstituierende Sitzung des Beurteilungsgremiums in Wien laufen; im Vorfeld des Treffens kritisiert der Historiker Peter Pirker, ebenfalls Mitglied des

Personenkomitees, im Standard die schlechte finanzielle Ausstattung des Denkmals: „Man versucht das Denkmal möglichst klein zu halten.“ Auch die vom Personenkomitee als Vertreterin im Beurteilungsgremium benannte Juliane Alton (Geschäftsführerin der IG Kultur Vorarlberg und Vorstandsmitglied der IG Kultur Österreich) kritisiert gegenüber Andreas Koller von den Salzburger Nachrichten, dass das Budget zu klein, und die technischen und formalen Bedingungen für die KünstlerInnen zu restriktiv seien. Vergleichbare Denkmale in der Bundesrepublik Deutschland, etwa für die ermordeten Sinti und Roma, seien mit 2,8 Millionen Euro budgetiert – ein „lebendiges Denkmal“ sei offenbar von Seiten der Stadt Wien nicht erwünscht. VertreterInnen der KÖR sowie der Stadt halten dem entgegen, das Projekt sei finanziell gut ausgestattet.

März 2013: Das Beratungsgremium tagt erstmals am 5. März in Wien. Im Gremium vertreten sind:

1. Juliane Alton, Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“
2. Berthold Ecker, Stadt Wien, MA 7
3. Bernhard Engleder, Stadt Wien, MA 28
4. Thomas Geldmacher, Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ (in der ersten Sitzung vertreten durch Peter Pirker)
5. Lilli Hollein, KÖR Jury
6. Anna Jermolaewa, Künstlerin
7. Franz Kobermaier, Stadt Wien, MA 19
8. Martin Kohlbauer, Architekt (Jury-Vorsitzender)
9. Dirk Luckow, KÖR Jury
10. Heidemarie Uhl, Historikerin

Ohne Stimmberechtigung sind vertreten:

1. Wolfgang Ablinger, Stadt Wien MA 28
2. Joachim Chen, Stadt Wien, MA 42
3. Gerhard Dully, Stadt Wien, MA 33
4. Magnus Koch, Historiker
5. Martin Scherer, Stadt Wien, MA 34
6. Monika Trimmel, werkraum wien, Vorprüferin
7. Richard Wadani, Zeitzeuge und Ehrenobmann des Personenkomitees „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“

Die Beschlüsse und Beratungen des Gremiums werden vertraulich behandelt. Laut OTS-Meldung vom 6. März gibt die KÖR bekannt, dass 11 KünstlerInnen bzw. Teams für den Wettbewerb eingeladen wurden. Im März verschickt die Firma kultursupport.at die Wettbewerbsunterlagen an die geladenen KünstlerInnen.

Unterdessen fordert auch Grünen-Obfrau Ewa Glawischnig eine Verdoppelung des Budgets für das Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz, zumal auch der Bund Verantwortung übernehmen müsse.

Die HistorikerInnen Lisa Retzl und Magnus Koch reichen ein Konzept nebst Projektantrag für die Informationsvermittlung rund um das Denkmal am Ballhausplatz bei Zukunftsfonds und Nationalfonds ein.

April 2013: Am 8. April findet am Ballhausplatz eine Ortsbegehung mit den geladenen KünstlerInnen statt: Luis Camnitzer, Claire Fontaine, Vera Frenkel, Johanna und Helmut Kandl, Ernst Logar, Olaf Nicolai, Nicole Six und Paul Petritsch, Michael Seilstorfer, Heimo Zobernig. Aufgezeichnet auf den Asphalt ist jene Fläche, die für die Denkmalsgestaltung genutzt werden kann. Diskutiert werden vor allem technische Fragen (Licht, Strom, Bauliches usw.). Im Anschluss findet in der IG Architektur ein inhaltlich angelegter Workshop für allfällige Nachfragen statt, in dessen Rahmen Magnus Koch und Richard Wadani als Zeitzeuge auf die historischen und aktuellen Belange des Themas eingehen.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg beschließt unterdessen, für das von der Bürgerschaft einstimmig beschlossene Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz 730.000 Euro bereitzustellen. In der Senatsdrucksache wird die Empfehlung ausgesprochen, das Denkmal in der Nähe des Kriegerdenkmals für die Gefallenen des Hamburger Infanterie-Regiments 76 am Dammtorbahnhof zu errichten. Dieser Standort ist zentral gelegen und markiert zugleich den wichtigsten Ort der Auseinandersetzung um die Kriege des 20. Jahrhunderts in der Hansestadt.

April/Mai 2013: Am 29. Juni findet die entscheidende Jury-Sitzung in den Räumen der KÖR statt. Eingereicht hatten acht Künstlerinnen und Künstler aus dem In- und Ausland. Den Wettbewerb gewinnt schließlich der aus Berlin stammende Künstler Olaf Nicolai. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130628_OTS0192/olaf-nicolai-gestaltet-das-denkmal-fuer-die-verfolgten-der-ns-militaerjustiz-am-wiener-ballhausplatz).

August 2013: Einreichung eines Projektantrags zur Nachnutzung/Vermittlung des Denkmals bzw. zur begleitenden Vermittlungsarbeit bei der MA 7 (Kultur) der Stadt Wien.

September 2013: Einreichung des Nachnutzungskonzepts bei der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur.

Oktober 2013: Der Kulturstadtrat stellt gegenüber den Salzburger Nachrichten erstmals den zuvor ventilerten Eröffnungstermin 8. Mai 2014 in Frage und gibt bekannt, dass nun Herbst 2014 als Fertigstellungstermin angepeilt werde.

Dezember 2013: Gespräch zwischen Thomas Geldmacher (Obmann des Personenkomitees) und Karl Albrecht-Weinberger wegen des eingereichten Nachnutzungskonzepts. Der Referatsleiter der MA 7 (Kulturelles Erbe) stellt eine Entscheidung für Jänner 2014, spätestens aber für das Frühjahr 2014 – parallel zum Baubeginn des Denkmals – in Aussicht.

Februar 2014: Treffen der KÖR mit dem Künstler Olaf Nicolai, Kulturstadtrat Mailath-Pokorny und Klubchef Ellensohn am Ballhausplatz. Im Abendjournal des ORF nennt der Kulturstadtrat als möglichen Eröffnungstermin den 26. Oktober 2014. Spätestens bis dahin sollten auch

„Vorschläge oder weiterführende Initiativen“ in Sachen Nachnutzung präsentiert werden. Konzeptionelle Vorarbeiten zum Denkmal könnten demnach also erst nach der Eröffnung im Herbst begonnen werden.

Unterdessen mahnen das Personenkomitee gemeinsam mit dem Künstler Olaf Nicolai eine rechtzeitige Planung und Gestaltung der Eröffnungsfeier ein. In einer Sitzung mit der KÖR unterbreiten Personenkomitee und Olaf Nicolai Vorschläge für ein künstlerisches und musikalisches Programm. Von Seiten der KÖR heißt es, dass es kein Budget für die Feier gebe.

März/April 2014: Das Personenkomitee lädt anlässlich des bevorstehenden Jahrestages der Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus am 8. Mai zu einer Festveranstaltung unter dem Motto „Hier entsteht ein Deserteursdenkmal!“. Die Veranstaltung findet an der Denkmal-Baustelle am Ballhausplatz statt. Zu den FestrednerInnen gehören die Historikerin Heidemarie Uhl, Grünen Klubchef Ellensohn und Justizsprecher Albert Steinhauser.

Mai 2014: Anlässlich der Feierstunde zum 8. Mai am Ballhausplatz kritisiert Thomas Geldmacher in einem Interview mit dem Kurier die nach wie vor ungeklärte Fragen zu Eröffnungstermin sowie das Fehlen von Plänen zur Einweihungsfeier. Das Büro des Kulturstadtrats stellt fest: „Zeitnah zur Eröffnung wird auch die Nachnutzung feststehen.“

Juni 2014: Eine erneute Anfrage des PK bei der MA 7 ergibt keine Neuigkeiten hinsichtlich Termin und Ablauf der Eröffnungsveranstaltung. Die im Dezember 2013 für das Frühjahr in Aussicht gestellte Entscheidung über Maßnahmen zur Nachnutzung lässt weiter auf sich warten. Auch eine Anfrage bei der KÖR ergibt keine neuen Erkenntnisse.

Juli 2014: Unterdessen gehen die Arbeiten zur Errichtung des Denkmals weiter. Ein Eröffnungstermin wird öffentlich nicht genannt. Auch in die Frage der Nachnutzung kommt etwas Bewegung: Nachdem das Unterrichtsministerium logistische Unterstützung in Aussicht gestellt hatte, teilt der Nationalfonds der Republik Österreich dem Personenkomitee mit, das Nachnutzungsprojekt teilfinanzieren zu wollen; ausständig ist nach wie vor eine Entscheidung des Zukunftsfonds.

August/ September 2014: Als Eröffnungstermin steht nun der 24. Oktober fest.

Oktober 2014: Die MA 7 teilt dem Personenkomitee mit, dass es einen Teil der für Nachnutzung und Vermittlung notwendigen Mittel bereitstellen wird (Antrag vom Herbst 2013). Zeitgleich entscheidet auch der Zukunftsfonds, den im April gestellten Antrag in reduzierter Form zu bewilligen.

Das Denkmal wird am 24. Oktober am Ballhausplatz eröffnet (vgl. die ausführliche Dokumentation der Eröffnungsfeier).

Die Arbeiten für die Nachnutzung beginnen im Jahr 2015, nachdem die Basis-Version einer Homepage für das Denkmal mit einigen wichtigen Inhalten bereits kurz vor der Eröffnung online ging.

